

GZ: BMDW-20.175/0832-C2/3/2018

42/4.1

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Betreff: Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten/Handel) am 09. November 2018

- **Vortrag an den Ministerrat**

Am 9. November 2018 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) statt. Österreich war durch mich als Vorsitzende sowie eine Delegation bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres vertreten. Themen waren laufende legislative Vorhaben im Trilogmodus; Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO), laufende Handelsverhandlungen und der Bericht über die Umsetzung von Freihandelsabkommen.

Wesentliche Ergebnisse der Tagung:

Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

- Ich informierte über den Sachstand der laufenden Trilog-Verhandlungen im Dossier Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen („foreign direct investment screening“/– FDI-screening). Ich betonte die guten Fortschritte bei den Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP). Aus meiner Sicht sollte es möglich sein, einen Kompromiss mit dem EP zu finden, der im Wesentlichen mit dem Standpunkt des Rates übereinstimmt, ohne den ehrgeizigen Zeitplan abzuändern. KM Malmström zeigte sich optimistisch, in den nächsten Wochen die Trilog-Verhandlungen abzuschließen. IT favorisierte einen freiwilligen anstelle eines verpflichtenden Informationsaustausches im Rahmen des Kooperationsmechanismus, der unter der FDI-Screening-VO eingerichtet wird. Ich wies darauf hin, dass das Ratsmandat diese IT-Position bereits abdecke und zeigte mich zuversichtlich, den Zeitplan einzuhalten.

Horizontale Verordnung über bilaterale Schutzmaßnahmen

Ich informierte über den Sachstand der laufenden Trilog-Verhandlungen im Dossier Horizontale Schutzklausel-VO. Der AStV habe bereits den Standpunkt des Rates für die Trilogverhandlungen gebilligt. Da die Position des EPs nicht allzu weit von jener des Rates entfernt sei, solle zeitnah eine politische Einigung erzielt werden können. KM Malmström bestätigte, dass noch unter AT Vorsitz die Mitgesetzgeber zu einer Einigung in den Trilog-Verhandlungen zur Horizontalen Schutzklausel-VO finden könnten. EK sprach darüber hinaus die geplante Verordnung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck („dual use“) an. Die Annahme einer Allgemeinen Ausrichtung im Rat zu diesem Dossier unter AT Vorsitz würde von der EK sehr begrüßt werden.

Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO)

Die Minister billigten die von der EK vorgeschlagene Strategie zur Modernisierung der WTO wie auch die von der EU im Prozess übernommene Führungsrolle. Die Strategie beinhalte vorerst zwei konkrete Vorschläge zur Änderung der WTO-Übereinkommen, die bereits informell innerhalb der WTO-Mitgliedschaft und im Rahmen der G20 vorgestellt wurden. Damit solle die Kritik an der WTO aufgegriffen und die konkreten Defizite ausgeräumt werden. Der von EU, USA und Japan gemeinsam erstellte Vorschlag betreffend die Notifikationsdisziplin solle formal noch dieses Jahr dem WTO-Warenrat präsentiert werden. Der Vorschlag der EU betreffend die WTO-Streitbeilegung solle erst gegen Jahresende in Genf formal präsentiert werden. Die Minister betonten, dass die frühzeitige und umfassende Einbindung von USA, China und der Entwicklungsländer wesentlich für den Erfolg sein werde.

Laufende Handelsverhandlungen

Die Minister wurden über die laufenden Handelsverhandlungen und den Vorschlag für einen multilateralen Investitionsgerichtshof („MIC“/Multilateral Investment Court) informiert. Die Abkommen mit Japan und Singapur befänden sich in der parlamentarischen Behandlung, wobei eine Finalisierung von Japan und Singapur noch in dieser Legislaturperiode des EPs wahrscheinlich sei. Betreffend EU-Vietnam seien kürzlich die Vertragstexte in allen Sprachfassungen an die Mitgliedstaaten übermittelt worden. Die Verhandlungen mit Mexiko seien nahezu abgeschlossen, jene mit Mercosur befänden sich in einem sehr fortgeschrittenen Stadium. Mit Australien und Neuseeland hätten die Verhandlungen im Juli begonnen. Für die Verhandlungen mit Chile, Indonesien, Tunesien und China/Investitionsschutz sei noch mehr Zeit erforderlich.

Bericht der Kommission über die Umsetzung von Freihandelsabkommen

Die EK präsentierte ihren zweiten Bericht betreffend die Umsetzung von Freihandelsabkommen, der am 31. Oktober 2018 veröffentlicht wurde. Dieser Bericht habe sehr positive Entwicklungen aufgezeigt. Das Netz von bilateralen Abkommen der EU mit den wichtigsten Handelspartnern erleichtere Handelsgeschäfte allgemein und exportiere auch die hohen Standards und Werte der EU in die ganze Welt. Die Minister begrüßten den Bericht, der einen wichtigen Beitrag zur Transparenz darstelle.

Sonstiges: BE/Anti-Dumping Verfahren von Kolumbien betreffend gefrorene Erdäpfel mit Ursprung in BE, NL und DE

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde die Ankündigung Kolumbiens behandelt, gefrorene Pommes Frites aus DE, NL, BE mit Antidumping-(AD-)Zölle zu belegen. In BE würden diese AD-Zölle wettbewerbsfähige kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) betreffen, deren Exporte wichtige Arbeitsplätze in BE sichern würden. Die EK rechne mit der Handelsschutzmaßnahmen-Entscheidung der kolumbianischen Behörden in unmittelbarer Zukunft. Sobald diese vorliegen, würden diese von der EK im Hinblick auf weitere WTO-Schritte mit der betroffenen EU-Industrie und in den betroffenen MS analysiert werden.

Im Einvernehmen mit der Frau Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres stelle ich somit den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 11. Jänner 2019
Dr. Margarete Schramböck